

Fragen über Fragen: Leipzigs neue Pläne zur agra

von Heike König



Die agra ist uns ein Begriff, kurz: Landwirtschaftsausstellung und Park. Das Gros liegt mit rund 90 ha auf Leipziger Flur, der kleinere Teil auf Markkleeberger. Trotz ihrer Bergbau bedingten Zerschneidung in den 1970er Jahren durch die B2 ist sie bis heute eine beliebte Freizeitoase, grüne Durchfahrt für Radelnde, grünes Schulgelände, Erholungs- und Veranstaltungsort, nicht nur fürs Wave-Gothic-Treffen (WGT). Offen ist jedoch die Qualifizierung des ehemaligen agra-Ausstellungsgeländes in Dölitz, bisher mehr eine genutzte Brache mit Charme. Doch es gibt Aktivitäten.

2009: Die Stadt legt den Bebauungsplan für den Leipziger agra-Teil nach Bürger-

protesten wieder in die Schublade. Der Auftrag vom 16. Dezember 2009 heißt jetzt: Bitte entwickelt gemeinsam ein Nutzungskonzept für das gesamte agra-Areal mit der Stadt Markkleeberg. Bereits 2010 warf Markkleeberg mit Leipzigs Unterstützung seinen Hut in den Ring für die Landesgartenschau 2015, für die agra ist ein ordentlicher Schub in Sicht. Leider ohne Erfolg!

2010/2011: Ein wirklich ordentlicher Workshopprozess unter Leitung der damaligen Leiterin des Liegenschaftsamtes Frau Ebersbach folgte. Beauftragt wurde das Leipziger Ingenieurbüro Arcadis. Das ließ hoffen. Zwei Ideenworkshops zum Nutzungskonzept im Herbst 2010 und Frühjahr 2011 fanden statt, alle Akteurin-



INHALT

Beharrlichkeit bringt Erfolg	5
Energie- und Umweltcluster	6
Inklusion leben!	7
Kein Straßenausbau in Südost	9
Ausbeutung durch Niedriglöhne	10
Fraktion putzt Leipzig	11
Managergehälter in der Kritik	12
Sicherheit für alle!	13
Vereinsleitfaden kommt an	14
Ratsspieß	15

nen und Akteure waren eingebunden. Sie waren gespannt auf die Ergebnisse und weitere Schritte. Danach ruhte der See still, auch Arcadis war „raus“. 2013: Ohne Vorankündigung landet eine Informationsvorlage des Dezernates Wirtschaft und Arbeit im März auf der Tagesordnung für die Stadtratssitzung im Mai, basierend auf einem noch durch Arcadis vorgelegten Bericht aus dem November

Welche große Wirkung das umfassende Engagement der Stadt in der Schulsozialarbeit entfaltet, wie die Situation sich darstellt und was zukünftig zu tun ist, beleuchtet Michael Schmidt auf Seite 3

Welche Hintergründe es gibt, auf das Vorschlagsrecht für die Besetzung eines Bürgermeisters mit einer kompetenten Person zu bestehen, erläutert Fraktionschef Wolfram Leuze auf Seite 4

Welcher Mühen es bedarf, den OBM dazu zu bringen, die Wahrnehmung demokratischer Rechte nicht durch die Hintertür „Gebühr“ zu ersticken, betrachtet Norman Volger auf Seite 8

2011. Bei Lektüre der Stadtratsvorlage fällt einem nur ein: Inhalt 6, Ausdruck und Grammatik maximal 4. Und da war doch noch was ... Die Presse hilft Wirtschaftsbürgermeister Albrecht (CDU) auf die Sprünge: Ach Gott, die agra liegt ja nicht nur auf Leipziger Flur. Die Leipziger Onlinezeitung schreibt zur Vorlage: „[L]iest sich wie ein Entwicklungskonzept für ein neues Gewerbegebiet mit touristischem Schwerpunkt“. Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Das Dezernat Wirtschaft hat es geschafft, hart an der Aufgabenstellung vorbei eine miserable Vorlage anzubieten, die einem Rundumschlag gegen alle bisher Beteiligten gleichkommt. Denn was bereits an Absprache, Planung oder Zusammenarbeit läuft, das scheint sich bis dorthin nicht rumgesprochen zu haben. Hier nur einige Beispiele: Schon das abrupte Abbrechen des Workshopprozesses und die Nichteinbeziehung der Stadt Markkleeberg ist ein Affront sondergleichen – auch wenn man Mark-

kleeberg langfristig gern eingemeinden möchte. Denn sonst arbeitet die Stadt Hand in Hand mit der Nachbarkommune, besonders beim Thema agra: Man verständigte sich auf den Wunsch einer Tieferlegung der B2 statt eines Ersatzneubaus einer Brücke, man ist sich einig über das Ende der A72 an der A38, seit Jahren sa-



niert man gemeinsam den Park, betreibt sogar eine gemeinsame Website (www.agra-park.info). Nur an fiskalischem Nutzen orientiert schlägt die Vorlage nun Dinge vor, bei deren Vorstellung die Bürgerinnen und

Bürger Kopf stehen und mir schlicht die Haare zu Berge: Alle Radwege sind raus, und die Verkehrserschließung steht in den Sternen. Ein – durchaus angebrachter – Campingplatz soll auf einem stadteigenen Aufforstungsgebiet aus den 1990er Jahren entstehen. Das WGT soll bleiben, droht aber wegen geplanter benachbarter Wohnbebauung abzuwandern. Dafür sollen 15 Großveranstaltungen pro Jahr stattfinden, die nicht genehmigungsfähig sein werden, weil sie im Naturschutzgebiet liegen würden. Naturschutzfachlich und -rechtlich handelt es sich um ein Sammelsurium wilder Geschichten, von naturnaher Gestaltung keine Spur. Es ist schade, dass die derzeitige Sachlage bisher nur zur Glosse taugt. Die Verwaltung hat die Vorlage inzwischen zurückgezogen. Eine Klausur der Beteiligten tut Not. Mit Sicherheit wird sich unsere Fraktion für mehr als nur eine Nachbesserung stark machen.

Neues aus dem Stadtrat

Verlässlichen Kinderschutz einrichten

Die Vorkommnisse im letzten Jahr (Stichworte: Todesfall von Mutter und Kind in Gohlis, straffällige Jugendliche, überbelegter Kindernotdienst) zwingen zu Änderungen bei den erzieherischen Hilfen. Diese unterlagen in den letzten Jahren einer massiven Steuerung, um die Kosten im Lot zu halten. Jedoch wurde darüber die Qualität der Leistungen schlechter. Deshalb beantragt die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ein Maßnahmenbündel, um einen verlässlichen Kinderschutz einzurichten.

Kein XXL-Werbe-Display an den Höfen am Brühl



Die CDU-Fraktion hatte beantragt, dass die ganzjährige Nutzung der geplanten Screen-Werbeanlage Höfe am Brühl / Am Hallischen Tor zugelassen wird. Nachdem der Stadtbezirksbeirat Leipzig-Mitte bereits dagegen votiert hat, ist die-

ses rechtlich fragwürdige Ansinnen nun auch im Stadtrat gescheitert. Auch der Verwaltungsstandpunkt, eine Werbesatzung zu erarbeiten, fand keine Mehrheit im Stadtrat. Wir lehnten auch dies mit der Begründung ab, dass mit einer solchen Werbesatzung die rechtlichen Grundlagen für das umstrittene XXL-Werbe-Display an den Höfen am Brühl doch noch geschaffen werden könnten.

Koordinierungsstelle Lärminderung

Diese von uns durchgesetzte zusätzliche Stelle wird fortan Aufgaben im Zusammenhang mit dem Flughafen Leipzig/Halle und der Mitgliedschaft der Stadt Leipzig in der Kommission zum Schutz gegen Fluglärm und Luftschadstoffe sowie dem Dialogforum Flughafen Leipzig/Halle wahrnehmen.

Schwerpunkt ist die fachliche Begleitung aller mit dem Luftverkehr und dem Flughafen Leipzig/Halle in Verbindung stehenden Problemstellungen und Sachverhalte. Sie soll eine Koordinierungsfunktion zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Stadtverwaltung sowie externen Aufgabenträgern, zuständigen Behörden, Sachverständigen und dem Flughafen selbst innehaben. Sie soll dazu beitragen, Aufgaben und Fragestellungen, die im Zusammenhang mit der Errichtung des Luftfrachtdrehkreuzes am Flughafen Leipzig/Halle entstanden sind, schneller und effektiver zu bearbeiten und die Kommunikation

zwischen den vom Lärm betroffenen Bürgerinnen und Bürgern und den Entscheidungsträgern zu verbessern.

Masterplan für Naturkundemuseum

Die Verwaltung informierte dazu: Der Masterplan Naturkundemuseum ... wurde der Verwaltung als Entwurf Mitte September 2012 fristgemäß übergeben. Im Ergebnis einer verwaltungsinternen Präsentation wurde das Dezernat Kultur beauftragt, weitere Immobilien und Flächen auf ihre Eignetheit als Standort für das Naturkundemuseum zu überprüfen sowie konzeptionelle Ansätze aufzuzeigen. Dies sind Stadtbad, Stadthafen, Winkel am Museum der bildenden Künste und die Immobilie Tröndlinring 3 (das ehemalige Landratsamt). Das Ergebnis der Prüfung soll verwaltungsintern bis Mitte Januar 2013 vorgelegt werden. Zunächst war seit dem Jahr 2011 wegen nichterfüllter Brandschutzaufgaben die Dauerausstellung des Naturkundemuseums völlig geschlossen. Jetzt wurde plötzlich und unerwartet der überwiegende Teil der Dauerausstellung des Naturkundemuseums (erste und zweite Etage) an den Wochenenden von 10.00 bis 16.30 Uhr wieder geöffnet. Das begrüßen wir außerordentlich und fragen uns aber natürlich, warum Bürgermeister Faber es erst geschlossen hat, wenn es scheinbar so einfach war, es brand-schutzgerecht weiter zu betreiben ...

Zur Zukunft der Schulsozialarbeit

von Michael Schmidt



Die Gewerkschaft GEW forderte unlängst von der neuen Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU), dass die im Bildungsbereich dringlichsten Aufgaben wie frühkindliche Bildung, das schulische Ganztagsangebot, die Studienkapazitäten an den Hochschulen, die Gestaltung des Übergangs zu einem inklusiven Bildungssystem und die Schulsozialarbeit finanziell vom Bund unterstützt werden müssen, weil die Länder und Kommunen dies nicht allein stemmen können.

In all diesen Bereichen hat meine Fraktion wie auch unsere sächsische Landtagsfraktion in den vergangenen Jahren regelmäßig auf die Dringlichkeit hingewiesen und Wege aufgezeigt, wie die Bildungszukunft erfolgreicher und chancengleicher gestaltet werden kann.

Im Bereich der Schulsozialarbeit hat Leipzig in den vergangenen Jahren durch die Initiative des Stadtrates einen wichtigen Weg eingeschlagen und ist darum bemüht, einen Großteil der Schulen mit einem Sozialarbeiter, einer Sozialarbeiterin auszustatten und so auf die immer häufiger vorkommenden Spannungen im Lernalltag und die sozial-emotionalen Entwicklungen bei zahlreichen Kindern und Jugendlichen einzuwirken. Dabei ist das Ziel, durch präventive sozialpädagogische Ansätze ein positives Schulklima zu erzeugen, indem die Gruppenarbeit gestärkt, der Schulbummelei entgegengewirkt und die Schulabbrecherquote bspw. durch aktive Begleitung bei schulischen Übergängen reduziert wird. So werden mittlerweile 43 Schulen, im Einzelnen sind das 22 Mittelschulen,

zwölf Grundschulen, acht allgemeinbildende Förderschulen sowie die Gemeinschaftsschule „Nasch“, unterstützt. Noch bilden die Förder- und Mittelschulen den Schwerpunkt, in den vergangenen Jahren wurde jedoch der Bedarf auch an Grundschulen immer deutlicher, sodass das große Ziel besteht, nicht nur die bestehenden Angebote zu sichern, sondern auszubauen. Nach wie vor sind 53 Grundschulen nicht mit Schulsozialarbeit abgedeckt.

Momentan zeichnet sich Leipzig durch einen Mix aus Finanzierungsmodellen in der Schulsozialarbeit aus. Ein wesentlicher Teil konnte durch die Mittel aus dem mittlerweile aufgrund seiner überbordenden Bürokratie für reformwürdig angesehenen Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes finanziert werden. Leipzig hat damit im Gegensatz zu vielen anderen Städten und Gemeinden eine sinnvolle Möglichkeit gefunden, die Bundesmittel optimal auszuschöpfen. Da die Finanzierung vorerst nur bis Ende 2013 gesichert ist, gilt es nun, frühzeitig Alternativen zu entwickeln, um die geschaffenen Strukturen erfolgreich fortsetzen zu können und gleichzeitig einen weiteren Angebotsausbau anzugehen. Im Mittelpunkt dieser Aufgabe besteht das Ziel, eine Ver-

einheitlichung des
Finanzierungsver-

fahrens für das



Ge-
samangebot der Schulsozialarbeit vorzunehmen. Denn neben der Bundesfinanzierung an 16 Standorten werden die anderen Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter über ihre Träger aus unterschiedlichen Landesmitteln (an der Nachbarschaftsschule und sieben Berufsschulen mit BVJ-Klassen) und an den restlichen 20 Standorten aus dem Jugendhilfeeat der Stadt Leipzig für die freien Träger der Jugendhilfe finanziert. In letzterem Fall ist zudem eine jährliche Beantragung der Mittel nötig, womit eine Planungssicherheit nur sehr begrenzt be-

steht und somit die Weiterentwicklung der Angebote behindert. Die unterschiedlichen Fördertöpfe bringen zudem differierende Finanzierungsumfänge mit sich, was die finanzielle Umsetzung der Leistungsangebote für die Träger erschwert.

Die Stadtverwaltung ist beauftragt, hier eine Finanzierungsalternative aufzuzeigen und zugleich eine Vereinheitlichung des Finanzierungsverfahrens zu entwickeln. Im Fachplan Kinder- und Jugendförderung 2012–16 verweist die Verwaltung diesbezüglich auf den nötigen „Aushandlungsprozess zwischen Verwaltung, Trägern und der Politik[, um] Handlungsoptionen zu entwickeln und umzusetzen“. Die Erwartungen an die Verwaltung sind entsprechend hoch. Sie ist aufgefordert, hier klare Prioritäten zu setzen und einen für alle tragfähigen ambitionierten Vorschlag zu unterbreiten.

Dies alles ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass sich auch die anderen Ebenen, Bund und Land, ihrer (finanziellen) Verantwortung bewusst sein müssen und ihrerseits Optionen für eine zukunftsfähige Ausgestaltung der Bildung und Chancengleichheit in den Kommunen zu entwickeln.

Mehr faire Beschaffung in Leipzig

Seit 2009 ist die Stadt Leipzig der Initiative „Fair-Trade-Town“ beigetreten. Viel ist nicht passiert – unser Antrag bringt neuen Schub! Ziel muss es nunmehr sein, dass Produkte, die aus Nicht-EU-Ländern gekauft werden (z. B. Kaffee, Schnittblumen, Steine, Arbeitsbekleidung, Büroartikel, Baumaterialien, Blumen, Sportartikel, Lebensmittel u. a.) das „Transfair“-Siegel oder eine gleichwertige Zertifizierung tragen, um dem Verlust von Regenwäldern und Biodiversität sowie der Ausbeutung von Arbeitskräften zu begegnen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird ein Konzept zur Umsetzung erarbeitet. Die Verwaltung muss dem Rat dazu jährlich einen Bericht vorlegen. So tragen wir mehr Verantwortung sowohl für die produzierenden Menschen als auch für den Erhalt der Ressourcen und der Natur. Um einen solchen Beitrag zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zu leisten, soll die städtische Vergabepaxis sich zukünftig auch an nachhaltigen, sozialen und ökologischen Kriterien orientieren.

Endlich: Gruppenbild mit Dame

von Wolfram Leuze

§ 56 Abs. 2 der Sächsischen Gemeindeordnung: Sieht die Hauptsatzung (einer Stadt oder Gemeinde) mehrere Beigeordnete vor, sollen die Vorschläge der Parteien und Wählervereinigungen nach dem Verhältnis ihrer Sitze im Gemeinderat berücksichtigt werden.

In den Monaten Mai und Juni dieses Jahres stehen in der Stadt Leipzig vier Beigeordnete zur Wahl. Es handelt sich um die Beigeordneten der Dezernate

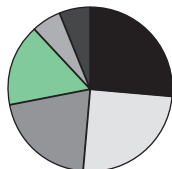
- Umwelt, Ordnung, Sport (bisher Heiko Rosenthal – Linke),
- Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule (bisher Prof. Dr. Thomas Fabian – SPD),
- Stadtentwicklung und Bau (bisher Martin zur Nedden – SPD) sowie
- Wirtschaft und Arbeit (bisher Uwe Albrecht – CDU).

Noch nicht zur Wahl stehen an die Beigeordneten der Dezernate

- Allgemeine Verwaltung (Andreas Müller – SPD),
- Finanzen (Torsten Bonew – CDU) und
- Kultur (Michael Faber – Linke).

Die aktuelle Sitzverteilung im Stadtrat stellt sich wie folgt dar:

- CDU – 18 Sitze
- Linke – 17 Sitze
- SPD – 14 Sitze
- Bündnis 90/
Die Grünen – 11 Sitze
- FDP – 4 Sitze
- Bürgerfraktion – 4 Sitze



Würde man die Sächsische Gemeindeordnung auf die jetzt anstehende Beigeordnetenwahl anwenden, würde dies bedeuten, dass CDU, Linke und SPD jeweils den Anspruch auf zwei Dezernate erheben könnten und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen der Zugriff auf ein Dezernat zustünde. Da CDU, Linke und SPD von den derzeit nicht zur Wahl anstehenden Beigeordneten je einen stellen, bedeutet dies, dass nach der Sächsischen Gemeindeordnung auf die neu zu besetzenden vier Dezernate jeweils die Stadtratsfraktionen von CDU, Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Anspruch auf ein Dezernat hätten.

Die Linke hat den bisherigen Amtsinhaber des Dezernates Umwelt, Ordnung, Sport wieder aufgestellt, die solide Arbeit von Heiko Rosenthal in seiner ersten

Wahlperiode lässt kaum Zweifel an seiner Wiederwahl aufkommen. Die Stadtratsfraktion der CDU hat einstimmig Uwe Albrecht für eine zweite Amtsperiode nominiert. Somit hat lediglich die SPD – mit ausdrücklicher Billigung des OBM – wieder einmal einen Beigeordneten zu viel an Bord.

Na und – mag man im ersten Augenblick denken. Leistet die Sächsische Gemeindeordnung nicht nur dem üblichen Postengeschacher der Parteien um Pfründe Vorschub? Das wäre dann richtig, wenn nur das Parteibuch für die Besetzung der Beigeordneten ausschlaggebend wäre. Die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen kann in der Vergangenheit von sich behaupten, immer auf die fachliche Qualifikation ihrer bis zum heutigen Tage immer erfolglos nominierten Kandidatinnen geschaut zu haben. Aber unabhängig von solchen Erwägungen ergibt die Vorschrift der Gemeindeordnung durchaus ihren wohlgedachten Sinn. Zweck dieser Vorschrift ist es, auf kommunaler Ebene alle politisch relevanten Gruppen im Interesse des Gemeinwohls in die Verantwortung mit einzubinden. Es geht hier also nicht ums Beutemachen, sondern um die Erstellung eines möglichst breiten Einverständnisses über die gedeihliche Fortentwicklung der Stadt durch die Teilhabe an der Verantwortung.

Es scheint aber so, als hätte sich unserem OBM dieser Sinn der Sächsischen Gemeindeordnung noch nicht erschlossen. Indem er die zwei zur Neuwahl anstehenden SPD-Beigeordneten zur erneuten Kandidatur ermunterte, erweckt er den Eindruck, als sei Leipzig – unabhängig von allen Wahlergebnissen – unwiderruflich ein SPD-Fürstentum. Dass dies nicht im Interesse der Stadt ist, zeigen die erheblichen Erosionserscheinungen des SPD-Filzes in Leipzig. Es sei hier nur an die Affäre um die herrenlosen Häuser erinnert oder die quälende, langjährige Unfähigkeit in der Führung des Jugendamtes. Beides hat sich in SPD-geführten Dezernaten und SPD-geführten Ämtern zugetragen.

Die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist gewillt, diese Verkrustung aufzubrechen und hat mit Dorothee Dubrau eine hervorragende, erfahrene Fachfrau für das Dezernat Stadtentwicklung und Bau als Beigeordnete benannt. Es wäre



Dorothee Dubrau

gut, wenn die Beigeordnetenriege in Leipzig zu einem Gruppenbild mit hochqualifizierter Dame würde. Egal ob es dem OBM passt oder nicht, wir sind davon überzeugt, dass der Sachverstand von Dorothee Dubrau eine Bereicherung für unsere Stadt wäre.

Neues aus dem Stadtrat

Mehrkosten Kongreßhalle am Zoo

Unbestritten: In dem Prestigeprojekt steckt viel Herzblut. Insbesondere das des Zoodirektors und des OBM. Für die Umsetzung des zweiten Bauabschnitts sind nach derzeit aktuell vorliegenden Zahlen plötzlich 17,72 Mio. € notwendig. Gegenüber dem bisher berechneten Budget von 12,13 Mio. € ergibt sich damit eine Differenz von ca. 5,5 Mio. €. Kritisch ist ferner, dass lediglich eine Preissteigerung von 1 % angenommen wird. Erneut verzichten die Planenden auf einen ausreichenden Kostenpuffer. Angesichts von Kostenexplosionen bei anderen bundesdeutschen Großprojekten ist dies unverantwortlich.

Auch wenn die DEHOGA (Deutscher Hotel- und Gaststättenverband e.V.) sich wohl für das Vorhaben aussprach: Es wurde nicht untersucht, ob das neue Tagungs- und Kongresszentrum zu einem Kannibalisierungseffekt bei anderen Anbietenden führen wird.

Bereits 2010 lehnten wir den Umbau ab. Die Fraktion betrachtete damals das Vorhaben als eine unsichere Investition und aufgrund des Investitionsstaus in vielen anderen notwendigen Bereichen als nicht verantwortbar. Heute sehen wir uns leider in unseren Befürchtungen bestätigt.

Beharrlichkeit ist eine bündnisgrüne Tugend

von Ingo Sasama

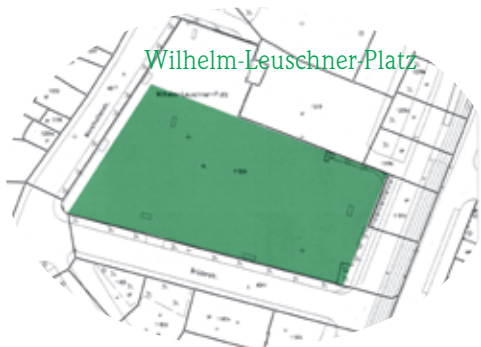
Neben dem Wälzen unzähliger Vorlagen und Papiere, oft endloser Sitzungen, der Erledigung tausender Kleinigkeiten und der Erfüllung unzähliger Pflichten – was nicht immer erbaulichen Charakter hat –, ist es mir immer auch besonders wichtig, konkrete Projekte im Rat umzusetzen. Und es ist eben auch sehr schön und motivierend für einen selbst, wenn ein ganz konkretes Anliegen – oft angeregt durch Bürgerinnen und Bürger – irgendwann real umgesetzt wird. Auch wenn es dazu oft eines langen Atems bedarf ...

Von zweien kann ich heute berichten.

MARKTHALLE KOMMT (NUN HOFFENTLICH) IN DIE UMSETZUNG

„Exklusives Baugrundstück in City-Lage“ – so titulierte ein Verkaufsexposé, in dem das ehemalige Markthallengrundstück zum Verkauf ausgeschrieben ist.

Wilhelm-Leuschner-Platz



Bereits seit 2006 kämpfe ich nun schon intensiv dafür, und zahlreiche Widerstände insbesondere des OBM und seines Planungsdezernates, der SPD und der Linken galt es zu überwinden. 2006 hat der Stadtrat auf unseren Antrag hin beschlossen, eine „Markthalle für Leipzig“ am historischen Ort neu zu errichten. Passiert ist danach nichts, so dass unsere Fraktion 2008 erneut die „Schaffung von Baurecht für eine Markthalle am Leuschnerplatz“ im Rat durchsetzte. „Im Rat“ heißt nicht in der Verwaltung, die sich weiterhin beharrlich weigerte und unzählige Gründe fand, die Stadtratsbeschlüsse nicht umzusetzen. 2011 platzte der Fraktion und mir der Kragen und ein dritter Beschluss, „Historisches Markthallengrundstück auf

dem Wilhelm-Leuschner-Platz umgehend zum Verkauf ausschreiben“, wurde im Stadtrat gegen SPD und Linke (die wollten dort ein Möbelhaus) beschlossen. Diese Fraktionen waren es dann auch, die danach mit scheinheiligen Verfahrenstricks das Projekt platzen lassen wollten, was der Stadtrat mit knapper Mehrheit verhindert hat. Nun steht fest, dass eine große Frischmarkthalle mit etwas Feinkost und Kunsthandwerk, einem kleinen Lebensmittelmarkt und Gastronomie entstehen wird.

Und so steht endlich das Baufeld mit 7.300 qm auf den ehemaligen Kellern zum Verkauf, und wieder sehe ich das mit Sorge. Waren zunächst ein Mindestgebot von 2 Mio. € dafür im Gespräch, sind es jetzt plötzlich 2,5 Mio. €. Wollten wir nicht mit der Markthalle ein ganz besonderes Projekt in unserer Stadt verwirklichen? Besteht damit nicht die Gefahr, dass Investoren (falls sich für den Preis überhaupt jemand findet) die Mehrkosten zu Lasten einer erhofften grandiosen architektonischen Gestaltung refinanzieren, auch wenn ein Wettbewerb vorgeschrieben wird? Auch der Hinweis, dass die oder der Meistbietende zumeist den Zuschlag erhält, lässt Gleiches befürchten. Und so ist unsere Beharrlichkeit wohl weiter gefragt.

ALTES RATHAUS WIRD SANIERT

Kommt der Begriff Lotter-Bau von verlottertem Bau? Man möchte es meinen, sieht man sich das nur noch wenig ansehnliche Alte Rathaus mal etwas genauer an.

Zentral auf dem Markt im Herzen der Stadt gelegen, ist es ein touristisches Hauptziel von Gästen und beliebtes Fotoobjekt. Beim 1557 errichteten Alten Rathaus handelt es sich um eines der bedeutendsten und schönsten Renaissance-rathäuser Deutschlands. Seine Fassade ist aber inzwischen neben den zeitlos schönen Elementen aus Rochlitzer Porphyrfarbiglich verschlissen, fleckig und höchst unansehnlich geworden. Sie hebt sich damit von den ringsum ausnahmslos schön gestalteten historischen Gebäuden höchst negativ ab.

Dieser Missstand war inakzeptabel. Bereits 2000 haben wir daher den Antrag eingebracht, dass für den Umbau der Erdgeschosszone des Alten Rathauses ein Umbau- und Finanzierungskonzept erstellt wird. Damals träumten wir noch davon, das Dachgeschoss mit auszubauen, was sich später als unfinanzierbar erwies. Als auch hier trotz Nachfragens nichts

passierte, haben wir 2010 nachgesetzt. Die Verwaltung wurde beauftragt, für die Restaurierung der Fassade inklusive der Rathausuhr mit ihren drei Prospekten einen Zeitplan vorzulegen, der die Durchführung der Maßnahmen 2011 sichert. Da dies auch nicht passierte, haben wir 2012 einen Haushaltsantrag eingebracht, der auch beschlossen wurde.



Und so werden wohl noch 2013 Baugerüste stehen und die inzwischen mit 1,7 Mio. € teure Baumaßnahme (2000 waren es geschätzt 700 T €) bis 2014 abgeschlossen sein.

Viel geschafft, heißt aber auch, viel zu tun. Denn die Baugrube am Burgplatz, der ehemalige Bowlingtreff und, und, und warten auf ihre Wiedererweckung ...

Kein kostenloses Internet in der Innenstadt

Manches, was wünschenswert wäre, ist leider rechtlich bedenklich. Die Stadt Leipzig hat zwar ein großes Interesse an frei zugänglichen Internetzugängen über ein offenes Drahtlosnetzwerk (WLAN) – gerade im Innenstadtbereich. Doch sie selber kann nicht Anbieterin (Infrastruktur, Betrieb) eines solchen Netzes sein. Auch sei eine Finanzierung (oder auch Refinanzierung) derzeit nicht darstellbar. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Gesetzgeber hinsichtlich strafbarer Handlungen im Internet der oder dem Betreibenden die Haftung hinsichtlich eines derartigen Risikos auferlegen würde. Verschiedene Projekte mit Unternehmen wurden seitens dieser Firmen vorab als nicht durchführbar (Kostengründe, Refinanzierbarkeit) verworfen. Leider!

Akteure untergliedern Energie- und Umweltthemen in Cluster

von Annette Körner



Zunehmend vernetzt arbeiten Akteure im Energie- und Umweltcluster. Genehmigungspraxis, Förderung und politische Bewertung hemmen noch bei einer Vielzahl von Einzelfragen.

Im Wirtschaftsausschuss beeindruckte ein Vortrag zur gewachsenen Zusammenarbeit in dem seit 2011 bestehenden Verein Netzwerk Energie & Umwelt e. V. In enger Abstimmung mit dem Amt für Wirtschaftsförderung wird die Qualität im Cluster gesteigert, arbeitet man heute mit einer Geschäftsstelle, hat Arbeitsgruppen gebildet und steht im Austausch mit regionalen wissenschaftlichen Einrichtungen. Die Internetseiten informieren über die enge Zusammenarbeit von Verein und Stadt, bieten Downloads von Vorträgen, News und Terminen. Hinzugefügt werden Hinweise auf bundesdeutsche Nachhaltigkeits- und Umweltpreise, den European Energy Award der Stadt, Weiterbildungsangebote zum Klimaschutz oder auch das bayerisch-sächsische Schaufensterprojekt zur Förderung der Elektromobilität. Stolz wird über den kürzlich erhaltenen Bronzestatus der Cluster Exzellenzinitiative nach den Kriterien des „European Secretariat for Cluster Analysis“ berichtet, womit sich die Chancen des Energie- und Umweltclusters für die Einwerbung von Fördermitteln verbessern.

Dies ist eine positive Entwicklung, dennoch erhitzen Energiefragen aktuell die Gemüter. Die Wege sind keineswegs geglättet. Wie oben aufgeführt behindern unzureichende Genehmigungsgrundlagen und -praxis, fehlende Förderung und ungleiche politische Bewertungen die aktuellen Entwicklungen.

So bewegt sich die Stadt einerseits im internationalen Klimabündnis, arbeitet an der Fortschreibung des Klimaschutzprogramms und lässt sich weiter im Rahmen des European Energy Award überprüfen. Die städtischen Unternehmen fügen dazu eigene Maßnahmen bei. Andererseits trennen unterschiedliche Ansichten zur Energiewende, zur Steigerung der Energiekosten, zu den Ursachen des defizitären Netzausbaus, zur Ökosteuer und zum Ausbau regenerativer Energien die Akteure und manchen Verantwortungsträger. Grundlegende Auffassungen sollten sich heute angenähert haben: Die Energiewende bleibt beschlossen. Auf Erdöl und Erdgas kann man nicht dauerhaft setzen, zudem gefährdet ihre Nutzung das Weltklima und unsere Lebensbedingungen. Emissionen schädlicher Treibhausgase müssen reduziert werden, Energie eingespart und die Nutzung fossiler Energien einschließlich Kernenergie durch regenerative Energie zügig und mit sinnvollen Maßnahmen ersetzt werden. Globale Entwicklungen sind bei uns angekommen und beeinflussen die wirtschaftlichen Bedingungen unübersehbar.

Es mutet nahezu pittoresk an, wenn im Rahmen der regelmäßigen Clustertreffen zu Energie- und Umweltfragen sich Akteure und Vertreter aus Unternehmen motiviert zu innovativen Technologien und ihren Unternehmensprodukten austauschen. Andernorts aber fehlt die notwendige Unterstützung, oder althergebrachte Technologien werden weiter favorisiert. Es geht nicht nur um das sächsische Ziel weiterer Kohleverstromung oder die bundesweiten Defizite im Netzaufbau. Auch globale Faktoren zwingen Firmen in der Solarbranche in die Knie. Förderbedingungen werden ständig geändert. Dennoch bleibt die Nachfrage bei den Bürgerinnen und Bürgern hoch. Umweltbildungsveranstaltungen werden gut besucht, der eigene Energieverbrauch kritischer beleuchtet. Befördert werden müssen weiter auch die energetische Sanierung, Energieeinsparmaßnahmen, die Emissionsminderung vor allem im Verkehr und dementsprechende Investitionen.

Genehmigungsrechtliche Probleme zeigen sich bei vielen Neuerungen, z. B. zur Förderung umweltfreundlicher Mobilität: Problematisiert werden noch Standortfra-

gen für Ladesäulen für Elektrofahrzeuge ebenso wie für Car-Sharing und selbst Radleihstationen. Unsere Stadt will sich innovativ und zukunftsorientiert entwickeln, doch wie handelt man bei Ermessensspielräumen, wie arbeiten Ämter in der Verwaltung zusammen? Mobilitätsstationen sollen kommen, noch mehr Elektrobusse fahren, grüner Strom soll getankt werden können. Das sind ausreichend Hausaufgaben im Cluster, für die Mittel und Wege zu finden sind.

Neues aus dem Stadtrat

Transparenz bei Baumfällungen und Neupflanzungen

Schon heute informiert das Amt für Stadtgrün und Gewässer über Baumfällungen im öffentlichen Raum etwa durch entsprechende Aushänge und Hinweisschilder vor Ort, teilweise über lokale Medien bzw. auf der stadteigenen Webseite – meist jedoch kurzfristig. Darüber hinaus haben besorgte Bürgerinnen und Bürger immer wieder Fragen zu Baumfällungen an Straßen und in Parkanlagen, die entweder unmittelbar bevorstehen oder bereits stattgefunden haben. Sie sollten deshalb noch besser informiert und einbezogen werden. Aus diesem Grund stellen wir folgenden Antrag: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, spätestens ab dem zweiten Halbjahr 2013 so frühzeitig wie möglich, übersichtlich, regelmäßig aktualisiert und umfassend über geplante und ausgeführte städtische Fällungen insbesondere von Straßen- und Parkbäumen sowie über geplante Neu- und Ersatzpflanzungen auf der städtischen Webseite unter einer eigenen Rubrik zu informieren.

NEIN zur A 72 ab Autobahndreieck A 38

Wird die Bundesstraße 2 im Leipziger Süden bis 2020 zur Autobahn ausgebaut werden? Während der Freistaat Sachsen und der Bund bisher eine Verlängerung der A 72 bis nach Connewitz planten, hat sich nun der Leipziger Stadtrat mit breiter Mehrheit dagegen ausgesprochen. Nicht nur die Verwaltung befürchtet einen Kollaps, wenn zusätzlicher Autoverkehr bis in die Südvorstadt gelenkt wird, wo er nicht mehr bewältigt werden kann. Wir lehnten das Ansinnen auch deshalb ab, weil der Ausbau des acht Kilometer langen B-2-Teilstücks nach Berechnungen ►►

Inklusion – erst mal ein Modell

von Katharina Krefft

Linné-, Lindenhofschule und 68. Mittelschule werden Modellschulen für Inklusion in der Region Leipzig. Ich freue mich für diese Schulen, dass ihre jahrelange kooperative Arbeit so in den Fokus der Aufmerksamkeit gerückt wird. Die Schulen in Eutritzsch sind bereits Konsultationsschulen im Bereich Integration und haben sich einen guten Ruf erarbeitet.

Doch was ist das für ein Schulversuch? „Erprobung von Ansätzen zur inklusiven Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Modellregionen“ kommt der Titel sehr gestelzt daher. Als wollte man seitens des Kultus nicht wirklich ran ans Thema „Inklusion“. Bekannt ist, dass Sachsen die rote Laterne bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention trägt. Die wurde 2006 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen beschlossen und trat in Deutschland 2009 in Kraft. Demnach haben alle behinderten Kinder und Jugendlichen das Recht, in einer inklusiven Schule gemeinsam mit Nichtbehinderten zu lernen. Sachsen muss dafür sorgen, dass dieser Rechtsanspruch eingelöst werden kann.

Der sächsische Landtag beauftragte 2011 fraktionsübergreifend die Landesregierung, einen Aktionsplan „Inklusion im sächsischen Schulwesen“ vorzulegen. Darin formulierte die Staatsregierung 2012 die Fortsetzung ihrer abweisenden Politik: Weder bekannte sie sich zu tatsächlichen Veränderungen noch zur nötigen Finanzierung. Ein bisschen zusätzliche Lehrerqualifikation, zaghafte der Ausbau der Begegnung zwischen Kindern mit und ohne Behinderungen. Statt flächendeckenden inklusiven Schulangeboten markieren Schulversuche in vier Regionen den Fortschritt. Das Personal, so wurde durch die Bildungsagentur ausgeführt, ist „im Rahmen des Gesamtkontextes“ aufzubringen. Finanzielle Unterstützung gibt es bei den Unterrichtsmaterialien – sie wird allerdings nicht beziffert. So bleibt der Schulversuch ganz dem Engagement der Schulen überlassen. Inklusion darf aber nicht als Sparprogramm verstanden werden. Die „gute Bildung“ für Schüler und Schülerinnen mit Behinderungen kommt nicht von allein durch gemeinsame Beschulung. Die Berücksichtigung individueller Förderbedarfe braucht Res-

ourcen, wenn wir wirklich ein gleiches Recht auf Bildung für alle gewährleisten wollen.

Die Zahlen sollen die Dimension verdeutlichen. Der aktuelle Bildungsreport weist aus, dass im Schuljahr 2011/2012 3.644 Kinder sonderpädagogischer Förderung bedurften. Das sind 100 Kinder mehr gegenüber dem Vorjahr. Hatten zehn Jahre zuvor knapp 7 % der Schülerinnen und Schüler Förderanspruch, liegt ihr Anteil heute bei knapp 10 %. Ihr Anteil stieg überproportional, während die Gesamt-schülerzahl abnahm.

Im letzten Schuljahr wurden 28,6 % integrativ beschult – relativ wie absolut viermal mehr Kinder als zehn Jahre zuvor. Der Durchlass zur Regelschule ist kaum gegeben: Während 103 Grundschüler zu den Förderschulen wechselten, sind es in umgekehrter Richtung nur 17. Dramatisch ist weiterhin der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss.

*Mehr zum Thema:
„Menschen mit
Behinderungen
INKLUSIVE
Inklusionsbroschüre“
Informationsbroschüre
des DAKS e.V. 2012
Autorin: Katharina Krefft*



Von den 402 Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss im Jahr 2011 (15,2 % aller 2.647 Schulabgängerinnen und Schulabgänger) kamen fast 60 % aus den Förderschulen.

Wir erwarten von der Bildungsagentur weiterhin progressives Engagement für die Inklusion. Das Land muss das aber auch finanziell absichern – schon heute stöhnen die Schulen über die mangelnde Versorgung mit Integrationshelferinnen und -helfern. Lässt man die Schulen allein, erweist man der Inklusion einen Bärendienst. Und tut den Lernenden mit Behinderungen Unrecht.

Immerhin werden die baulichen Voraussetzungen für mehr Teilhabe durch die Stadt Leipzig sukzessive geschaffen: Die Neubauvorhaben sehen barrierefreie Zugänge und die Berücksichtigung individueller Förderung in den Schulen vor. Wir achten auf die Durchführung und werden die praktische Nutzbarkeit hinterfragen.

►► des Bundes ca. 45 Mio. € kosten würde – darin wäre die umstrittene und von uns nicht gewollte Erneuerung der maroden agra-Brücke enthalten. Außerdem würden durch den Ausbau der bereits jetzt vierspurigen Magistrale mit durchgehendem Standstreifen Rodungen im Auenwald notwendig. Auch würde sich die Lärm- und Luftverschmutzung für die Anwohnenden erhöhen. Der sächsische Verkehrsminister hat noch am Abend des Stadtratsbeschlusses den Verzicht auf den Ausbau der B 2 auf Autobahnniveau verkündet, die Entscheidung über die Frage agra-Brücke oder gedeckelter Einschnitt steht aber noch aus.

Live-Stream aus der Ratsversammlung werbefrei

Wir Bündnisgrüne, die Linke und die CDU haben durchgesetzt, dass die Live-Stream-Übertragungen in Eigenregie und werbefrei ausgeschrieben werden. Die geschätzten 720 € netto pro Ratsversammlung würden den städtischen Haushalt mit weniger als 10.000 € pro Jahr belasten. Nach einem Jahr Praxis soll – wie die Vorlage vorsieht – die Kosten-Nutzen-Relation bewertet und über eine Weiterführung des Projektes entschieden werden.

Kostenfreie Demokratie

von Norman Volger

Muss Demokratie kostenlos sein, oder muss man für demokratische Teilhabe wie bspw. das Aufstellen eines Infotisches für politische Informationen 66 € bezahlen? Was für eine absurde Frage, natürlich darf politische Teilhabe nicht vom Geldbeutel abhängen, werden Sie jetzt denken. Weit gefehlt! Die Stadt Leipzig bzw. OBM Jung (SPD) verlangen eben diese Gebühren gegen jede Vernunft und den Willen des Stadtrats.

Aber fangen wir vorn an. 2010 wurde erstmals begonnen, über die Neugestaltung der Sondernutzungssatzung in der Stadtverwaltung und mit dem Stadtrat zu beraten. Der Prozess zog sich dann in das Jahr 2011 hinein. Dabei legt die Verwaltung eine Neufassung der Gebührensatzung vor, die von Stadträtinnen und -räten aus allen Fraktionen heftig kritisiert wurde. Trotz mehrfacher Aufforderung zur Überarbeitung änderte sich kaum etwas am Entwurf. Es blieb uns im Stadtrat also nicht anderes übrig, als eine Unmenge an Änderungsanträgen zu stellen, welche dann doch vorab in einem langwierigen Diskussionsprozess in den Entwurf eingearbeitet wurden. Dabei kam auch der dezidierte und einmütige Wille der Stadtratsfraktionen zum Ausdruck, politische Partizipation kostenfrei

zu stellen und den entsprechenden Absatz über die Erhebung von Gebühren für politische Stände zu streichen. Die Bürgerschaft über politische Inhalte in der Öffentlichkeit zu informieren, ist eine der Errungenschaften der Friedlichen Revolution und sollte eben nicht vom Geldbeutel abhängen. Wie sollen denn z.B. Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt werden, wenn nicht an Ständen auf öffentlichen Plätzen?

Die Stadtverwaltung sicherte zu, dass dieser Intension entsprochen und keine Kosten erhoben werden. Bis dahin waren es Gebühren in Höhe von 10 €. Von weiteren Verwaltungsgebühren für die Antragsbearbeitung war nie die Rede. Leider musste der Stadtrat im Frühjahr 2012 feststellen, dass die Stadtverwaltung Antragsbearbeitungsgebühren in Höhe von rund 66 € eingeführt hatte und die Kosten auf diese Weise so versechsfacht wurden. Daraufhin stellte unsere Fraktion zusammen mit den Linken den Antrag, politische Stände gänzlich aus der Sondernutzungssatzung zu streichen, um Kosten zu vermeiden. Für die Stadtverwaltung war dies aber noch lange kein Grund, an der bestehenden Praxis etwas zu ändern. Im Gegenteil, unser Antrag wurde einfach ignoriert. Als dieser dann im Dezember

2012 gegen den Willen der Stadtverwaltung auf die Tagesordnung der Ratsversammlung gesetzt wurde, gab es kurz davor endlich einen Verwaltungstandpunkt. Darin gab es den Hinweis, der Antrag sei unzulässig und die Verwaltungskostensatzung müsse geändert werden. Nach heftigen Wortgefechten wurde der Antrag trotzdem beschlossen und der Verwaltung nahegelegt, doch einen rechtlich sauberen Entwurf vorzulegen, der dem Willen des Stadtrats entspricht. Nunmehr ist April 2013, und es ist immer noch nichts passiert. Im Gegenteil wurde z. B. das derzeit aktive Bürgerbegehren zur Privatisierungsbremse massiv mit Kostenbescheiden belegt.

Man kann nach so langer Zeit und bei dem derzeitigen Handeln nicht mehr von einem Versehen ausgehen, sondern muss einen bewussten politischen Willen und Vorsatz unterstellen. Der Verwaltung mit dem OBM an der Spitze ist offensichtlich der Bezug zur Realität abhanden gekommen und der Wille des Stadtrates völlig egal. Die demokratische Teilhabe wird von ihm als störend empfunden und sollte in diesem Fall über den Geldbeutel unterbunden werden. Das ist ja aber nicht das erste Mal so. Wir erinnern uns noch sehr gut an die Worte des OBM Jung über den Bürgerentscheid zum Verkauf der Stadtwerksanteile, dass die Meinung der Bürgerinnen und Bürger belanglos sei. Aber wir bleiben dran.

Das waren die Ratsschlag-Themen 2012

Der „Ratsschlag“ ist die Zeitschrift der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sie erscheint i. d. R. drei bis vier Mal im Jahr und betrachtet vertiefend kommunalpolitische Themen. Sie ist digital abrufbar, wird über alle Bürgerämter, zahlreiche Vereine und den Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen verteilt oder auf Wunsch persönlich zugesandt. Sie haben Anregungen, Kritiken oder Hinweise? Bitte zögern Sie nicht, uns diese mitzuteilen!

Ihr Redaktionsteam

Nr. 66

Rad verkehrt - der Elster-Saale-Radweg in Leipzig • Prestige schlägt Vernunft - der Perdata-Verkauf und die unendliche Tragödie LVV • Gemeinsam für Inklusion • Was bleibt? Von Stärken, Schätzen und Werten der Kultur Leipzigs • Mobilität 2020 • Schulsozialarbeit auf gutem Weg • Verwaltung verschläft modernes Zeitalter • Schulnetzplanung in Leipzig - die Crux mit der Demografie

Nr. 67

Verkauf der HL komm - Kurpfuscherei am offenen Stadtkonzern • Von nix kommt nix - Wirtschaftsfaktor Tourismus • Götter auf dem Weg zum Olymp - das Entschuldungskonzept für Leipzig bis 2016 • Der Fisch stinkt vom Kopf her - wie ist es um die politische Verantwortung des sogenannten Leipziger Modells bestellt? • Aufreger Badewannenrennen • Wirkungsloser Um-

weltbeirat • Weltoffenes Leipzig ? - dezentrale Unterbringung der Asylbewerberinnen und -bewerber • Thomana - glauben singen lernen • Chance ergreifen - agra-Brücke eingraben • Flughafen wird nicht zur Haushaltskonsolidierung herangezogen - warum?

Nr. 68

Amt ohne Führung - das Amt für Jugend, Familie und Bildung • Wann wird endlich der Dumpingflughafen Leipzig/Halle ein Fall für das Bundeskartellamt? • ÖPNV - eine Herausforderung für LVB und Politik • Waldumbau in Leipzig • Vom Leipziger Babyboom und der verzweifelten Suche nach einem Kita-Platz • Endlich: Lernmittelfreiheit an Schulen • Leipzig und seine Partnerschaften • Ortschaftsverfassung für Leipzig gescheitert • Corporate Governance Codex - die Büchse der Pandora im Mäntelchen der Transparenz

Entspannung in Südost? Mittlerer Ring steht dort zur Disposition

von Roland Quester



„Wohngebiets- kontra Bahnvariante“ – seit vielen Jahren gibt es den Konflikt um eine Straßenführung in Leipzig-Südost. Seit den 1992 beschlossenen „Verkehrspolitischen Leitlinien“, 2003 als „Stadtentwicklungsplan Verkehr und öffentlicher Raum“ (Step VÖR) fortgeschrieben, gab es das Mantra eines geschlossenen „Tangenten- und Ringsystems“ von leistungsfähigen Hauptstraßen in Leipzig. Ein Teil davon sah vor: zwei Varianten für eine unterschiedliche Führung des Mittleren Rings (MR) durch Stötteritz, Mölkau, Anger-Crotendorf und Stünz. Bürgerinitiativen Pro und Kontra der Varianten entstanden und fordern seither die Lokalpolitik auf, sich für ihre jeweilige Seite zu entscheiden. Jetzt wurde ein wichtiger Schritt der Entspannung getan. Und auch das Mantra der geschlossenen Ringe macht einem realistischeren Blick Platz.

Derzeit wird der Step VÖR von 2003 fortgeschrieben. Dazu tagt ein Runder Tisch, es wurden Fachgutachten zu einzelnen Fragen der Verkehrsplanung bearbeitet (www.leipzig.de/de/buerger/stadtentw/verkehr) und aus einem Bürgerwettbewerb gingen mehrere hundert Vorschläge für Verkehrslösungen ein. Aus all dem soll bis zum Herbst ein Entwurf des neuen Stadtentwicklungsplans entstehen, der dann öffentlich diskutiert und 2014 beschlossen werden soll.

Eines der Fachgutachten wurde zur Zukunftsfähigkeit des Tangenten- und Ringsystems erarbeitet, und auch viele der Bürgervorschläge betrafen den Verkehr und MR in Südost. Daher gab es jüngst noch einen Workshop mit den Einreichenden und dem Gutachter Professor Gerlach. Das Ergebnis in Kurzform: Der Gutachter empfiehlt, „auf einen vier-

streifigen Ausbau zu verzichten und die so genannte ‚Bahnvariante‘ allenfalls als zweistreifige Variante zu prüfen, wenn nachgewiesen werden kann, dass sie neben den verkehrlichen Wirkungen auch andere Entlastungen mit sich bringt“. Und die Verwaltung fügt an, dass mit dem Bau „auf Grund der Haushaltssituation und anderer Prioritäten vermutlich nicht innerhalb der nächsten zehn Jahre zu rechnen ist“. Wer an der bisherigen Trasse (Wohngebietsvariante) wohnt, muss nun mit dem Verzicht auf die Vierstreifigkeit nicht mehr mit einem Ausbau rechnen. Und für die gegen die Bahnvariante Kämpfenden heißt es, mindestens weitere zehn Jahre und gute Argumente gewonnen zu haben, dass auch eine zweispurige Neubautrasse immer unwahrscheinlicher wird: Auch in zehn Jahren wird Leipzig nicht das Geld haben, um für viele Millionen im Stadtvergleich „übliche“ Verkehrsbelastungen nur von hier nach da zu schieben.

Unsere Fraktion hat von Anfang an für die „Null-Variante“ in Südost plädiert – nicht zuletzt mit einem Antrag im vergangenen Jahr zum Entwurf des Flächennutzungsplans. Fand dies damals (noch) keine Mehrheit im Rat, zeigt die Entwicklung jetzt auch hier in diese wirtschaftlich, umwelt- und verkehrspolitisch vernünftige Richtung.

„Auch“ heißt, es reiht sich ein in bereits vollzogene und ausnahmslos von uns seit Anbeginn beworbene und eingeforderte Änderungen am formalen, auf lückenlosen Schluss bedachten Tangenten- und Ringkonzept: So wurde in den letzten Jahren die Wolfswinkelkurve durch den südlichen Auenwald, die Verlängerung der Shakespearestraße über das Gelände des Bayrischen Bahnhofs zur Johannesallee oder der Trassenneubau zwischen Parthe und Hauptbahnhof zu den Akten gelegt. 2012 haben alle Fraktionen im Entwurf zum Flächennutzungsplan den MR Nordost mit der Führung durch den Abnaunder Park gestrichen und eine Mehrheit auf unseren Antrag hin auch den MR Süd, von der B 2 nach Marienbrunn. Und ebenso hat der Stadtrat erst jüngst Bund und Land aufgefordert, die A 72 am Knoten mit der A 38 enden zu lassen und die weiterführende B 2 nicht als Autobahn bis ins Stadtgebiet auszubauen.

en. Gutachter Professor Gerlach, der das Hauptstraßennetz ansonsten positiv beurteilt, stützt alle diese Entscheidungen mit seinen Bewertungen, und auch die noch in den Plänen enthaltene geradlinige Verlängerung der Gustav-Esche-Straße durch die Elsteraue zur Georg-Schumann-Straße sieht er als kaum realisierbar an.

Das Programm großer Leipziger Straßenneu- oder Ausbauten kommt damit absehbar an sein Ende. Allein die Betrachtung des immensen Unterhaltungs- und Sanierungsstaus an den vorhandenen Straßen, Fußwegen und Brücken der Stadt, der Investitionsbedarf im ÖPNV und im Radverkehrsnetz muss einen das freudig begrüßen lassen.

Neues aus dem Stadtrat



„Donnerstag – Veggietag“ für Leipzig

An der Veggietag-Kampagne nehmen bislang folgende Städte in Deutschland teil: Hannover, Bremen, Magdeburg, Köln, Karlsruhe, Bonn, Bamberg, Mannheim und Göttingen. Leipzig als Preisträger „Nachhaltige Stadt“ fehlt hier! Deshalb beantragen wir, dass die Stadt Leipzig dem Bündnis „Donnerstag – Veggietag“ beitreten soll. Des Weiteren soll den Schulen und Kitas die regelmäßige Teilnahme am Veggietag offeriert und inhaltlich begleitet werden. Außerdem soll die Stadt Leipzig im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit initiativ werden und Informationsmaterial erarbeiten, um den Veggietag zu bewerben und gastronomische Einrichtungen in der Stadt zur breiten Teilnahme zu bewegen.

„Elektronische Stadtratsarbeit“ kommt voran

Die Stadtverwaltung wurde beauftragt, die Realisierungsmöglichkeiten für ein digitales Dokumentenmanagement- und Organisationssystem für den Stadtrat zu prüfen. Zu diesem Zweck wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Fraktions- und Verwaltungsvertreterinnen und -vertretern, gebildet, die ein entsprechendes Anforderungsprofil erarbeiteten. Die AG „Elektronische Stadtratsarbeit“ hat nun das Ziel formuliert, das neue System bis zum Wechsel der Legislaturperiode im Jahr 2014 in Betrieb zu haben. Ziel ist die Neuschaffung eines Systems zur digitalen Stadtratsarbeit – ein wichtiger Schritt vom Informations- zum Interaktionssystem.

Brutto gleich netto oder über das Prekäre an der Niedriglöhnerie

von Bert Sander (WVL)

2003 hatte die rot-grüne Bundesregierung im Rahmen der Agenda 2010 die steuerfreien sogenannten 400-€-Jobs (ab 2013 auf steuerfreie 450 € erhöht) eingeführt. Seither boomen Minijobs überall. Aktuell liegt die Zahl der geringfügig Beschäftigten bei knapp sieben Millionen.

BRUTTO

NETTO



Selbst die jetzige Bundesregierung räumt im neuesten Armuts- und Reichtumsbericht ein, dass sich der Anteil der atypischen Beschäftigungsverhältnisse wie Mini- oder Teilzeitjobs (Leiharbeit, Zeitarbeit, Werkverträge, Praktika) zwischen 2000 und 2011 von 20 auf 25 % aller Arbeitsverhältnisse besorgniserregend erhöht hat.

Mittlerweile ist dem Bericht zufolge in Deutschland jeder zweite neu zu besetzende Arbeitsplatz befristet. Der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht weist allerdings auch gerne daraufhin, dass die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt gestiegen ist. Aber wie bitte geht das an, wenn die Statistik an einer anderen Stelle des Berichts belegt, dass das Gesamtvolumen der geleisteten Arbeitsstunden insgesamt geschrumpft ist? Wie also passen diese Zahlen zusammen? Sie passen, weil die sogenannten Minijobber kurzerhand voll als Erwerbstätige gezählt werden. Die heute offiziell als sozialpolitisches Wunderwerk propagierten 450-€-

Jobs schönen aber nicht nur die Statistik der Arbeitslosenzahlen, sondern sie beschönigen auch die soziale Lage der entsprechend Beschäftigten.

Mit den sogenannten Minijobs kommt man vielleicht über die Tage und, wenn überhaupt, dann äußerst knapp nur über den Monat, mit Sicherheit aber kommt man mit ihnen nicht durchs Leben. Das dicke Ende folgt spätestens mit dem Rentenbescheid. Solange Studierende und Rentnerinnen und Rentner damit ihr monatliches Salär aufbessern, mag es noch angehen, aber spätestens dann, wenn damit begonnen wird, reguläre Vollzeitstellen in 450-€-Jobs aufzusplitten, wird die Lohndrückerei systematisch, oder anders ausgedrückt, wenn Minijobs dazu genutzt werden, Gesetze und Tarifverträge zu umgehen, wird »etwas faul im Staate Dänemark«.

Brutto gleich netto – so lautet das Standardargument für die 450-€-Jobs. Die Argumentation, dass bei den Arbeitsverhältnissen auf der Basis von 450-€-Jobs der Stundenlohn eben netto gleich brutto ist, unterschlägt die einfache Tatsache, dass so den Sozialkassen bzw. der Bürgergemeinschaft insgesamt entsprechend weniger an sozialversicherungspflichtigen Abgaben zufließen. Kurzum, die Rechnung netto gleich brutto mag kurzfristig hinhalten, d. h. aber noch lange nicht, dass sie langfristig aufgeht – denn immerhin, sie unterläuft allgemein anerkannte soziale Standards. Es ist in diesem Zusammenhang auch zu berücksichtigen, dass die Kommunen nicht selten in die Pflicht kommen „auszugleichen“, heißt, „Aufstockung“ auf Kosten der Steuergemeinschaft zu finanzieren, damit die Lebensunterhaltungskosten, die eigentlich durch Löhne abgedeckt werden sollten, bestritten werden können. Hier subventioniert die Bürgergemeinschaft Arbeitsplätze und somit verdeckt Unternehmen. Es soll mittlerweile ganze Branchen geben, deren Erfolg ausschließlich auf eben diesen teilsubventionierten Arbeitsplätzen made by Minijobs beruht (vgl. L-IZ: 10-Jahre-Agenda-2010-Armutsquote-in-Leipzig). Am Rande: Genau diese gesamte Problematik betrifft Leipzig in besonderem Maße, wurde sie doch erst im letzten Jahr zur deutschen Armutshauptstadt „gekürt“.

Nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV liegt eine geringfügig entlohnte Beschäftigung dann vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 450 € (ab 1. Januar 2013) nicht überschreitet. Die wöchentliche Arbeitszeit ist dabei unerheblich; egal also, wie viele Stunden abgeleistet werden, bzw. egal, was es pro Stunde gibt, Hauptsache die 450 € Monatslohn werden nicht überschritten. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz verbietet jedoch Lohnabschläge aufgrund kürzerer Arbeitszeiten. Minijobbeschäftigte haben Anspruch auf die gleichen Bruttostundenlöhne wie in einer vergleichbaren sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. In der Praxis verdienen sie aber häufig weniger. Für die große Mehrheit der geringfügig Beschäftigten wird der Minijob so zur Niedriglohnfalle. Um eben genau gegen diese Zustände anzukommen, setzen sich Bündnis 90/Die Grünen für einen flächendeckenden Tarif bzw. eine gesetzliche Mindestlohnregelung (übrigens auch für die sogenannte „Saisonkräfte“) ein – also dafür, dass z. B. im Falle der 450-€-Jobs die Zahl der Arbeitsstunden eben doch „erheblich“ wird bzw. überhaupt ins Gewicht fällt.

Neues aus dem Stadtrat

Baumaßnahme „Anker“ planmäßig umsetzen

Offenbar kann die Baumaßnahme am soziokulturellen Zentrum „Anker“ nicht, wie 2012 beschlossen, im Zeitraum von April bis Oktober 2013 umgesetzt werden. Durch einen Planungsfehler ist ein finanzieller Mehrbedarf entstanden (erneute Planungskosten, zusätzliche Baukosten, eventuell die Notwendigkeit eines Interims). Mitglieder des Fachausschusses Kultur fordern jetzt in einem Antrag, dass dieser Mehrbedarf keinesfalls mit den bislang veranschlagten Kosten kompensiert werden soll, weil dann zu befürchten ist, dass erhebliche Abstriche an der Qualität der Maßnahme eintreten werden.

Baumaßnahme Lindenauer Hafen beginnt

Im Januar nahm nun der Stadtrat das Vermarktungskonzept für die im Sanierungsgebiet „Zentraler Bereich Lindenauer Hafen“ entstehenden Bauflächen im Eigentum der Stadt Leipzig zur Kenntnis. Mit dem Vermarktungskonzept sollen neben den finanziellen Zielen auch die wohnungspolitischen und städtebaulichen Zielsetzungen ►►

Auf zum Frühjahrsputz ...

von Katja Rahnefeld



Leipzig lag noch fest in winterlichen Händen, da rief die Stadt zum traditionellen Leipziger Frühjahrsputz auf. Vier Wochen lang hieß es nun in Leipzig: putzen, putzen, putzen!

Was heißt das aber genau? Grünanlagen, Parks und Gewässer werden von Dreck und Unkraut befreit, Baumscheiben und Blumenrabatte gesäubert, Containerstellplätze gereinigt, Bänke und Spielgeräte werden repariert, abgeschliffen, von Graffiti befreit und neu gestrichen.

Dafür werden engagierte Leipzigerinnen und Leipziger, Gewerbetreibende, Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer sowie Hausverwaltungen gesucht, aber auch Lehrende, Schülerinnen und Schüler und Eltern können ihre Schulen und Schulhöfe säubern, Kleingärtner und -gärtnerinnen ihr Umfeld pflegen und Sportvereine ihre Areale säubern.

Das bürgerschaftliche Engagement kommt in diesem Jahr vor allem wieder von einigen Bürgervereinen, Stadtbezirksbeirätinnen und -räten bis hin zu einer Aktion des Arbeitskreises „Mobiles Streetwork“. Gemeinsam mit den betreuten Personen werden ihre Aufenthaltsplätze in Leutzsch und Grünau gesäubert. Im Anschluss gibt es ein gemeinsames Essen aus der Gulaschkanone.

Insgesamt hatten sich im Vorfeld mindestens 43 Initiativen angemeldet. So auch unsere Fraktion. Unter dem Motto „Schönes – sauberes – grünes Leipzig“ haben sich unsere Stadträtinnen und -räte und

Fraktionsmitarbeitenden am diesjährigen Frühjahrsputz beteiligt. Das Amt für Stadtgrün und Gewässer war uns bei der Suche nach einer geeigneten Maßnahme behilflich. Dann stand unser Arbeitseinsatz fest. Am 18. April waren wir für zwei Stunden für die Bodenvorbereitung (graben, grubbern, hacken, Unkraut auslesen, planieren) der Ansaatflächen im Friedenspark rund um die Bronzefigur zuständig. Im Anschluss haben texanische Studierende auf den Flächen die Leipziger Mischung ausgesät. Und schon bald wird dort eine wunderbare Blumenpracht uns Leipzigerinnen und Leipziger und unsere Gäste erfreuen.

Für die Reinigungsaktion stellt das Ordnungsamt kostenlos Müllsäcke zur Verfügung. Für die gesamte Dauer des Frühjahrsputzes hat der Eigenbetrieb Stadtreinigung insgesamt 76 Container eingeplant. Im letzten Jahr haben sich etwa 60 Vereine und Institutionen sowie 1.500 Leipziger und Leipzigerinnen an der Aktion beteiligt. Wie viele werden es in diesem Jahr sein? Zum Ende der Aktion können wir uns jedenfalls nun doch über den Frühling freuen, genießen wir ihn und unsere gesäuberte Stadt. Vielleicht haben nächstes Jahr auch Sie Lust, bei der Aktion mitzumachen!?

Sauberkeit, Begrünung der Stadt und Verbesserung der Aufenthaltsqualität spielt in Leipzig eine wichtige Rolle. Denn neben dieser Putzaktion gibt es eine Reihe von Initiativen, die sich mit der Begrünung der Stadt auseinandersetzen. Gemeinschaftsgärten und andere Projekte sind mehr denn je gefragt. Zielstellung dabei ist es, die Stadt zu begrünen und dadurch auch das soziale Miteinander zu stärken. Neben den Gemeinschaftsgärten wie sie etwa in Grünau, in Reudnitz und Plagwitz bereits umgesetzt wurden, gibt es Versuche mittels Pflanzkübeln oder Hochbeeten den öffentlichen Verkehrsraum ergrünen zu lassen und damit einen positiven Beitrag zur Wohnumfeldgestaltung zu leisten. Dass Letzteres nicht so einfach möglich ist, teilweise in die Sondernutzungssatzung eingreift (Blumenkübel) oder eine Zulässigkeit zunächst geprüft werden muss (Pflanzkübel, Blumenrabatte), hat uns die Beantwortung einer Anfrage im Stadtrat zum Thema „Stadtpflanzer“ gezeigt. Dennoch unterstützen und danken wir allen, die einen Beitrag zu einem schönen, sauberen und grünen Leipzig leisten.

erreicht werden. Im Rahmen der Entwicklung und Erschließung entstehen im Sanierungsgebiet ca. 37.200 qm vermarktbare Bauland. Die Auslobung des Kita-Grundstücks sowie des zweiten Teilabschnitts ist ab Ende 2013/Anfang 2014 geplant. Eine Bebauung der Grundstücke wird voraussichtlich im III./IV. Quartal 2014 beginnen. Interessant: Es wird auch Grundstücke für Selbstnutzer/Baugemeinschaften geben. Die Vergabe erfolgt für vier Grundstückslose in einem freien Investorenauswahlverfahren und für zwei Lose beschränkt auf Selbstnutzer und Baugruppen mit festem Grundstückspreis. Vielleicht befinden sich ja unter unseren Leserinnen und Lesern Interessierte für ein solches Projekt.

Im Ratschlag 68 vom Dezember 2012 wurde das Finanzierungsmodell nur unvollständig dargestellt. Daher hier noch einmal alle Zahlen:

Gesamtkosten	18,1 Mio. €
dav. Förderung	6,7 Mio. €
dav. Eigenanteile	3,8 Mio. €
dav. Einnahmen Vermarktung	7,6 Mio. €

(Erschließungsbeiträge und Bodenwerte)
Folgende Ausgaben sind geplant: Kanalverbindung (Refinanzierung SEF/JES-



SICA) 3,7 Mio. €, Spundwand 0,7 Mio. €, Freianlagen im Umfeld 0,2 Mio. €, Erschließungsanlagen 1,5 Mio. €, Anbindung der Marina 0,2 Mio. €, sonstige Kosten 0,3 Mio. €, sanierungsbedingte Grunderwerbe 1,0 Mio. €.

Haushaltssimulationen für jedermann

Mit einem Antrag fordern wir innerhalb des Haushaltsrechners ein elektronisches Werkzeug zur Simulation des Ertragshaushaltes für die Stadträte und interessierte Öffentlichkeit einzurichten. Damit hätten alle ein Werkzeug in der Hand, um die Auswirkung von gewünschten Maßnahmen auf den gesamten Haushalt und für die folgenden Jahre zu simulieren. Dies würde die zwingend notwendige, jedoch heute faktisch unmögliche Betrachtung des Haushaltes als Gesamtgleichgewicht sehr fördern. Außerdem hätte damit jedermann die Möglichkeit, sich durch Probieren an die Finanzen der Stadt heranzuarbeiten.

Wenn Stallgeruch die Preise macht – eine kritische Auseinandersetzung mit Managergehältern

von Ansgar Maria König

Zu Recht ein Reizthema für viele von uns: Dass Manager von Konzernen Millionengehälter kassieren, während Werke geschlossen, Beschäftigte entlassen und die sozialen Folgen der Allgemeinheit aufgebürdet werden, lässt einen fassungslos werden. In Leipzig ist kein DAX-Unternehmen ansässig, man bäckt kleinere Brötchen. Trotzdem, was wir im Großen als Schlagzeilen in den Zeitungen lesen, findet sich im Kleinen auch bei uns.

Die Folgen des eisernen Sparzwangs betreffen alle Bereiche des öffentlichen Dienstes. Personal abzubauen bringt immer den größten Spareffekt. Geht da nichts mehr, ist Kreativität gefragt. Beispiel städtische Behindertenhilfe: Oft werden Zwei-Jahres-Verträge gemacht, es kann mit der niedrigsten Lohngruppe gearbeitet werden. Fachkräfteschlüssel werden verringert: weniger Fachpersonal, mehr Hilfskräfte. Auslagerung: Fremdfirmen arbeiten oft nicht tarifgebunden, bieten mit Dumpinglöhnen billiger an. Immer jedoch geht es auf Kosten der Qualität und der Schwächsten: Alten, Behinderten, Kranken, Kinder. Der Focus bezifferte es für 2012: Einen Riesensprung beim Gehalt machen Geschäftsführerinnen und -führer, Altenpflegerinnen und -pfleger bekommen hingegen fast keinen Zuschlag.

Der Stadtrat hat nur wenige Einflussmöglichkeiten auf Lohn- und Gehaltsentwicklungen. Auf die Einkommen der Stadtmanagerinnen und -manager schon. Es wundert mich immer wieder, wenn selbstverständlich über anstehende „Gehaltsanpassungen“ in den Aufsichtsräten gesprochen wird. Unsere Verantwortlichen bei LVB und SWL dürfen ruhig gut bezahlt werden. Doch absurd sind Argumente, die für Gehaltssteigerungen genannt werden, wie steigende Lebenshaltungskosten. Deswegen fünfstellige Gehaltserhöhungen? Da darf man sich schon mal Sorgen machen, ob das Geld bei den obersten ÖPNV- und Strommachern nicht mehr fürs Frühstücksbrötchen reicht? Was mich auch wundert: die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter sind nicht verwundert.

Managergehälter setzen sich aus mehreren Bestandteilen zusammen. Variabler Teil – etwa 10 % – sind Sonderzahlungen, dafür werden Zielvereinbarungen abgeschlossen, wofür die Managerinnen und Manager selbst Vorschläge machen. Ich als Künstler sehe solche Zielvereinbarungen sehr kritisch. Von mir erwartet jeder, dass ich bei einem Konzert mein Bestes gebe – auch ohne winkende Zusatzprämie. Von hoch bezahlten Managern darf ich das Gleiche erwarten. Fragt man sich, wie entstehen solche Gehälter? Der Aufsichtsrat bekommt Vorschläge, die sich auf Durchschnittswerte bei Unternehmen in der jeweiligen Größenordnung stützen, das Gehaltsniveau weist man sich selbst zu. Tatsächlich haben die Gehälter weniger mit erbrachter Leistung als vielmehr mit Status zu tun. Bei Zusatzleistungen wie Dienstwagen werden dabei oft die Obergrenzen des Möglichen bemüht – obere Mittelklasse ist gleich 7er BMW.

Solcher Status ist – vielleicht – gerechtfertigt bei Künstlern wie Ricardo Chailly, der tatsächlich zu den Top-Ten-Dirigenten der Welt gehört. Geschäftsführende hingegen sind mit Verlaub mehr oder weniger austauschbar, auch wenn die Mär von deren einzigartigen Leistungen oft wiederholt wird. Die Unternehmensleistung ist immer auch die aller Mitarbeitenden. Außerdem: Die Republik ist groß, und wie oft taucht ein, trotz krasser Fehler, noch mit goldenem Handschlag entlassener Manager aus X kurz darauf bei einer Firma in Y wieder auf?

Bei der gern zitierten hohen Verantwortung unserer Manager und Managerinnen fragt man sich schon, ob Bundeskanzlerin oder Oberbürgermeister so wenig Verantwortung haben? Oder warum werden sie dann im Vergleich so „ärmlich“ bezahlt?

Als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind wir uns einig: Wir werden diesen perfiden Automatismus von Gehaltssteigerungen bei Managerinnen und Managern nicht mitmachen, solange nicht auch die gesamte Gesellschaft vom Wohlstand profitiert.

Neues aus dem Stadtrat



Konzept „Open Government und Open Data“

Die Verwaltung muss auf der Grundlage der „IT- und E-Government-Strategie 2011–2015“ der Stadt Leipzig und der Studie „Open Government Data Deutschland“ ein Konzept zu Open Government und zur Bereitstellung und Nutzung von Open Data erarbeiten. Dieses wird dem Stadtrat im IV. Quartal 2013 vorgelegt.

Mehr Informationen zu Vereinen

Der Stadtrat hat im Juli 2012 beschlossen – Zuwendungsbericht an Vereine, Verbände und Initiativen betrachtet neben der ausschließlichen Darstellung der finanziellen Förderung Folgendes:

1. Die Stadtverwaltung führt alle Vereine, Verbände und Initiativen mit ihren erbrachten Leistungen auf, die übertragen oder freiwillig Aufgaben der Kommune erfüllen.

2. Es wird dargestellt, in welcher Art und in welchem Umfang die Stadt diese Leistungen ganz oder anteilig (mit-) finanziert und wie hoch die ergänzende Finanzierung durch die Vereine selbst ist. Ein großer Teil des bürgerschaftlichen Engagements findet in Vereinen statt, und sie tragen oft mit großem ehrenamtlichen Engagement viele (auch Pflicht-)Aufgaben der Kommune. Neben diesen wichtigen Beiträgen zu einem funktionierenden Gemeinwesen in Leipzig tragen sie auch durch ihre selbstlose ehrenamtliche Arbeit in großem Maße zur Entlastung der städtischen Finanzen und zu einer Wertschöpfung für unsere Stadt bei. Oft erledigen Vereine ihre Aufgaben in aller Stille. Eine öffentliche Wertschätzung erfahren sie in den wenigsten Fällen. Das muss besser werden!

Freiflächen für Kulturveranstaltungen

Mit dem Beschluss wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der Initiative „Global Space Odyssey“ an der Einrichtung mindestens einer öffentlichen Fläche zur Nutzung für nichtkommerzielle Kultur- und Partyveranstaltungen zu arbeiten. Dabei sollen die Belange des Natur- und Lärmschutzes berücksichtigt werden. Außerdem soll die Verwaltung gemeinsam mit der Initiative „Global Space Odyssey“ Bedingungen zur Nutzung solcher Flächen erarbeiten. Dabei sind vor allem veranstaltungsrechtliche Fragen (Versicherung, Verkehrssicherung, Hygienebestimmungen etc.) zu berücksichtigen.

Sicherheit ist nicht verhandelbar!

von Cordula Rosch

Wilder, wilder Südwesten ... – ein wütender Artikel ...

Vorab: Schreiben Sie keinen kritischen Brief an den OBM, er wird Ihnen keine Antwort geben, auch wenn Sie nicht anonym schreiben. Legen Sie in Leipzig spezielle Erwartungen an die Arbeit der Verwaltung ab. Es könnte Sie in die Verzweiflung treiben. Wenn in ganz Deutschland parkende Autos von Gehwegen abgeschleppt werden – in Leipzig geht man differenzierter an das Thema Gehwegparken heran.



Illustration: Thilo Rothacker

Schleußig ist, wie andere Gründerzeitquartiere in Leipzig auch, kompakt bebaut, als Wohnviertel außerordentlich beliebt, eben auch durch den qualitativen hochwertigen Straßenraum – wobei der Begriff Straßenraum alles zwischen zwei Hauswänden meint, auch die Gehwege und den Baumbestand mit Linden und Robinien.

Aber: In Schleußig darf man auf den unerhört breiten Gehwegen parken. Man darf dazu über die Ecken auf die Gehwege rauf- und runterfahren. Und man darf die Ecken zuparken, sodass andere mit einem Kinderwagen den Gehweg nicht mehr verlassen können, weswegen dann schon mal das Ordnungsamt oder ein Abschleppdienst gerufen wird. (Vielleicht sind Tragetücher deswegen so im Trend?)

Das weiß man inzwischen in der ganzen Stadt. Der Zustand wird seit 2007 von der Leipziger Stadtverwaltung geduldet, seit das Ergebnis einer Befragung vor Ort keine Bereitschaft erkennen ließ, von allein auf diese Gewohnheit zu verzichten. Es fehlt an etwa 300 Parkplätzen, also an legalen Möglichkeiten, den privaten Pkw abzustellen. Deswegen werden zurzeit die Gehwege befahren und beparkt. Dies ist allerdings eine Fehleinschätzung, es gibt kein Grundrecht auf einen Parkplatz in Bestandsvierteln – zumal gleichzeitig immer freie, mietbare Parkplätze fußläufig zu haben waren. Aus der langen sanktionsfreien Zeit hat sich eine allgemeine Erwartungshaltung verfestigt, dass die Stadt Leipzig erst für alternative möglichst kostenfreie und haustürnahe Parkmöglichkeiten sorgen müsse, bevor sie in das Gebiet zwischen Industriestraße und Oeserstraße – insbesondere in der Brockhausstraße – wieder Politessen schickt.

Muss ich erklären, warum ich die Untätigkeit der Verwaltung anprangere? Vielleicht doch. Denn sogar meine freundlichen Nachbarn sehen manchmal keine Alternative zum Gehwegparken, und sie achten dabei auf eine rücksichtsvolle Fahrweise auf dem Gehweg. Bitte: Der Gehweg ist der einzige Raum, in dem Fußgängerinnen und Fußgänger, als die schwächsten Verkehrsteilnehmenden, sicher unterwegs sein sollten. Es ist ein öffentlicher Raum für Kommunikation und Spiel.

Erschütternd ist, dass die andauernde Untätigkeit der Verwaltung in dieser Sache dazu führt, dass sich der Stadtbezirksbeirat Südwest für die Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung (StVO) einsetzen muss, indem er die Ordnungsbehörde aufforderte, Gehwegparken wieder zu sanktionieren. Damit verschieben sich die Ebenen der Zuständigkeiten: Stadtbezirksbeirätinnen und -beiräte bringen sich persönlich ins Kreuzfeuer von nachbarschaftlicher Kritik – wohlgemerkt, indem sie dazu anhalten, dass ein Bundesgesetz durchgesetzt wird. Zur StVO gibt es einen gesellschaftlichen Grundkonsens, Behörden sollten sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit umsetzen!

Um der Verwaltung und den Schleußigerinnen und Schleußigern Angebote zu machen, wie die Stadt Leipzig aus der jetzigen tatsächlich verfahrenen Situation elegant wieder rauskommen könnte, haben andere Nachbarinnen und Nachbarn dazu ihre Gedanken und Vorschläge beim Bürgerwettbewerb „Ideen für den Stadtverkehr“ eingereicht. Diese wurden in einem sechs-

einhalbstündigen Samstagworkshop u. a. der Verwaltung und ca. 30 in der Sache Engagierten vorgestellt. Es reiste sogar extra Professor Huber aus Wuppertal als Experte an, um uns, vor allem aber doch der anwesenden Verwaltung zu erklären: „Normalerweise sagt die Verwaltung: ‚So wird’s gemacht‘. Denn Sicherheit ist nicht verhandelbar.“ Die Leipziger Verwaltung hat diese Veranstaltung im Fazit als Experiment bezeichnet!

Leider macht Schleußiger Gehwegparken in anderen Stadtteilen schon Schule. Vielleicht sollten wir es langsam wie in Japan handhaben, eine Autozulassung gibt es dort nur gegen den Nachweis eines Parkplatzes ...

Lohnzahlungen unter Mindestlohn

Als Folge der Agenda 2010 und der Hartz-IV-Reformen gibt es ein immer weiter wachsendes Lohngefälle in Deutschland. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, dies bestätigt der diesjährige Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Ein flächendeckender Mindestlohn von 8,50 € ist daher im Gespräch. Auch die Stadtverwaltung Leipzig zahlt (nicht in der TVÖD entlohnten Verwaltung selbst, aber) in ihren Beteiligungen und im Bereich externer Aufträge Niedriglöhne. Auf unsere Anfrage hin wurde das bei Drittaufträgen für Reinigung und Wachschatz, bei Honorar- und Aushilfskräften beim Schauspiel, der DOK-Film GmbH, der LSB GmbH, der Sachsen-Wasser GmbH, der Zoo Leipzig GmbH sowie der St. Georg Wirtschafts- und Logistikgesellschaft mbH festgestellt. Die Zahl der Unternehmen dürfte jedoch noch wesentlich höher sein, da nicht alle Institutionen Angaben gemacht haben. Wir sehen hier dringenden Handlungsbedarf.

Zuschüsse an Bartholdy-Stiftung, Völkerschlachtdenkmal und Demokratiekonferenz

Die Stadt Leipzig gewährt der Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Stiftung für ihre ca. 1,5 Mio. € teure Museumserweiterung einen Zuschuss in Höhe von 500 T €, der Stiftung „Völkerschlachtdenkmal“ für die nächste Baustufe (2,458 Mio. €) 680 T € und der 3. Internationalen Demokratiekonferenz, die unter dem Motto „Jugend und Politik im Dialog“ im Herbst 2013 stattfindet, 135 T €.



Stadthäuser Industriestraße – freier Wasserzugang!

Bereits im April 2012 hat der OBM nach Bürgerprotesten für das Areal Ecke Nonnenstraße/Industriestraße einen Bebauungsplan aufgestellt, da der Grundstückseigentümer acht Stadthäuser ohne Grenzabstand zur Uferkante der Weißen Elster errichten wollte. Wir begrüßen und unterstützen die Entscheidung, da mit einem Bau der Stadthäuser die vorgesehene uferbegleitende Wegführung nicht mehr möglich gewesen wäre.

Neue Gewässerunterhaltungssatzung

Die neue Gewässerunterhaltungssatzung beinhaltet die wesentlichen, gesetzlich vorgegebenen Aufgaben, das Gewässerbett zu erhalten, zu räumen und zu reinigen, damit ein ordnungsgemäßer Wasserabfluss gewährleistet wird sowie die Ufer zu erhalten, insbesondere indem eine standortgerechte Ufervegetation aufrechterhalten bzw. neu gepflanzt wird und die Ufer für den Wasserabfluss freigehalten werden. Zu erhalten sind des Weiteren die Schiffbarkeit an schiffbaren Gewässern mit Ausnahme der besonderen Zufahrten zu Häfen und Schiffsanlegestellen sowie die ökologische Funktionsfähigkeit der Gewässer insbesondere als Lebensraum von Pflanzen und wild lebenden Tieren. Außerdem sollen die Gewässer in einem Zustand erhalten werden, der hinsichtlich der Abführung oder Rückhaltung von Wasser, Geschiebe, Schwebstoffen und Eis den wasserwirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht.

Nach der Satzung ergeben sich Einnahmen in den abgabepflichtigen Bereichen für Gewässeranliegende, Wassereinleitende und Gewässernutzende von insgesamt 923 T €.

Geregelt: Ehrenbürgerrecht, Ehrenmedaille und Ehrennadel

Da es bislang keine einheitliche Rechtsgrundlage gab, wie die Stadt Leipzig mit der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes, der Ehrenmedaille und der Ehrennadel umgeht, hat der Stadtrat dies nun geregelt. Mit Inkrafttreten der Satzung wird das Statut der Stadt Leipzig zur Verleihung der Ehrenmedaille aus dem Jahr 1996 aufgehoben. Künftig bleibt der Titel „Ehrenbürger“ auch nach dem Ableben des Trägers erhalten.

„Wie unser Vereinsleitfaden zu den Nutzern fand ...“

von Alrun Tauché



„Blick in die Ausstellung“ - © Phyllodrom e. V.

Im Juni des letzten Jahres war es also soweit – unsere aktuell überarbeitete Broschüre mit dem zugegebenermaßen etwas sperrigen Titel „Vereinsleitfaden“ und den neuesten Informationen zu einer Vielzahl rechtlicher und organisatorischer Themen zur aktiven Gestaltung von Vereinsarbeit sollte ihren Weg in die Vereine und zu den ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürgern finden. Und da ich selbst im Vereinsleben in dieser Stadt engagiert bin, habe ich gern diese Aufgabe übernommen.

Der Anfang gestaltete sich etwas schwierig, denn telefonisch Termine zu vereinbaren hört sich einfach an, aber die Praxis zeigte, dass man beharrlich dranbleiben muss, denn die wenigsten Vereine können sich ein eigenes Büro mit festen Öffnungszeiten leisten. Also hieß es: „Öfter probieren“ – und die E-Mail-Kontakte nutzen.

Dann konnte es losgehen: Angefangen bei den Bürgervereinen in den einzelnen Stadtquartieren über die Kultur- und Sozialvereine bis zu den Umwelt- und Jugendvereinen erkundete ich nun die vielfältigen Facetten der ehrenamtlich Tätigen dieser Stadt. Dabei erfuhr ich auch von den zunehmenden Schwierigkeiten, die sich hauptsächlich in den immer geringer werdenden finanziellen und personellen Kapazitäten der Vereine zeigten. Aber auch die Bürokratie macht den Ehrenamtlichen immer mehr zu schaffen – sprich: die Beantragung von Fördermitteln. Hier könnte ein Angebot der Kommune, regelmäßig kostenfreie Weiterbildungen dafür anzubieten, Abhilfe schaffen.

Nach fast einem halben Jahr hatte ich über 200 Vereine kontaktiert und einen

interessanten Einblick in das vielfältige Vereinsleben Leipzigs erhalten. Dabei traf ich hochmotivierte, sehr engagierte Menschen, die mit großem persönlichem Einsatz dazu beitragen, dass unsere Stadt so lebendig ist. Sie zu fördern und zu unterstützen sollte eine wichtige Aufgabe der Stadt sein!

Das Phyllodrom e. V., das Museum und Institut für Regenwaldökologie in Wiedertitzsch, blieb mir in besonderer Erinnerung. Ein Schwerpunkt der Vereinsaktivitäten besteht darin, differenzierte Bildungsangebote aus den Themenbereichen „Tiere und Pflanzen der Regenwälder“ oder z. B. zum „Schutz der Regenwälder“ in Schulen, Gymnasien und anderen Bildungseinrichtungen anzubieten. Darüber hinaus kooperiert der Verein mit Umweltschutzorganisationen und dem Zoo Leipzig z. B. im Artenschutz wie dem „Orang-Utan in Not e. V.“.

Begrüßt von Frau Bettina Grallert, einer der Gründerinnen des Vereins, wurde ich anschließend durch die beeindruckende Ausstellung mit dem Titel „Die sechste Auslöschung“ geführt. Die Schau zeigt auf sehr verstörende Art die weitreichenden Folgen, die das durch den Menschen verursachte Artensterben u. a. durch dauerhafte Umweltzerstörung und Umweltverschmutzung hinterlässt. Fasziniert war ich von der Wasseragame, welche in Südostasien, im feuchtwarmen, tro-



„Pfeilgiftfrosch“ - © Phyllodrom e. V.

pischen Tieflandregenwald beheimatet ist. Weiter ging es in den Hauptraum zur Neuguinea-Ausstellung – dort waren neben weiteren lebenden Tieren wie dem imposanten grellfarbigen azurblauen Pfeilgiftfrosch noch sehr interessante Ethnografika (Jagdwaffen, Tanzmasken, Schmuck) von den indigenen Völkern Papua-Neuguineas zu sehen. Des Weiteren stehen für wissenschaftliches Arbeiten ein Archiv und eine Fachbibliothek zur Verfügung. Wer jetzt neugierig geworden ist und das Phyllodrom näher kennenlernen möchte, kann sich gern unter der Telefonnummer 0341 – 52 577 57 für eine Führung oder weitere Bildungsangebote anmelden.

Ratsspieß



Offenherziges Bekenntnis vom (etwas fülligen) Stadtrat Schlegel (Linke): „Ich springe nicht über jedes Stöckchen, was mir hingehalten wird – dazu bin ich viel zu behäbig ...“



„Wir sind keine Elfen oder Trolle, die Herrn Jung einen Wunsch erfüllen können“ (Stadtrat Hobusch, FDP).



Stadträtin Hollick (Linke) lieferte zeiteffizient eine Kurzform des Namens des Fachausschusses Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule: „Fachausschuss Soziales u.s.w.“



Und auch solche Beiträge müssen wir gelegentlich ertragen: „Wenn Sie auch die Akzeptanz der alten Argumente akzeptieren würden ...“ (Stadtrat Herrmann-Kamprad, Linke).



Schwere Drohung von Kämmerer Bonew bei der Haushaltsplaneinbringung: „Ich bin kritisiert worden, ich hätte zu wenig Zahlen in meiner Rede – das ändern wir ... (Sprechpause) ... in den nächsten zwei Stunden!“ – was Michael Schmidt an anderer Stelle zu gleichem Inhalt zu kontern wusste: „Ich will Sie ja nicht mit Zahlen nerven – aber ich muss!“



DDR-Plattenbauingenieur Schlegel (Linke) forderte keine „Obstkistenbauweise von Kitas“ (da kennt er sich ja aus ...).

Bert Sander (WVL): „Es heißt: Einer trage des anderen Last. Es heißt nicht: Einer ertrage des anderen Lärm!“



War es Vision oder Trauma, als OBM Jung Folgendes aufrief: „Wir stimmen jetzt ab über den Antrag von 90 Grünen ...“



Offenbar schwer beeindruckt von der vorangegangenen Diskussion um das Einheitsdenkmal schlug Roland Quester nachfolgend spontan ein „Denkmal für den unbekanntenen Radfahrer“ vor.



Eine etwas turbulente Situation um einen inhaltlich unklaren Antrag der FDP, den OBM Jung dann einfach abstimmen ließ und dem dann auch nur dieselben zustimmten, fasste der OBM mit den Worten zusammen: „Na bitte, es geht doch!“



Schmalspurstadtrat Christian Schulze (SPD), der sich eigentlich nur noch beim Thema „MukobleibtinLindenau“ bemerkbar macht und der sich dieses Thema sogar bei der Fraktionshaushaltsrede nicht verkneifen konnte, forderte lautstark Beifall dafür – der aber leider zu seiner Enttäuschung ausblieb ...



Nachdem ein Baby auf der Tribüne durch anhaltendes Geschrei auffiel, wurde dieses und seine Mutter durch den OBM mit den Worten „ich verbitte mir jede politische Äußerung“ zurechtgewiesen, was ihn dann selbst zum Lachen brachte.

Ratschlag kostenlos!

Möchten Sie den „RATSCHLAG“ regelmäßig mit der Post zugeschickt bekommen? Dann schicken Sie den ausgefüllten Coupon an:
**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig
Stadt Leipzig · 04092 Leipzig**

VORNAME, NAME

STRASSE

ORT

PLZ

oder senden Sie eine email an:
GrueneFraktion@Leipzig.de

Impressum

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus / Zimmer 103

Martin-Luther-Ring 4 - 6
04109 Leipzig

Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Konto für „Ratschlag“:
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92
Konto-Nr. 1194900638

Redaktion:
Ingo Sasama (V.i.S.d.P.), Katja Rahnefeld,
Alrun Tauché, Cordula Rosch,

Fotos und Abbildungen:
Fraktionsgeschäftsstelle, S. 5 Stadt Leipzig,
S. 14 Phyllodrom e. V.

Druck:
Druckerei Wagner
Verlag und Werbung GmbH
Weststraße 60
09603 Großschirna OT Siebenlehn
Auflage: 1.600

GRATULATION ...

... der Familie Volger zur
Geburt ihres zweiten Kindes.
Alle sind wohlauf und erfreuen
sich bester Gesundheit.
Wir wünschen viel Glück,
Freude und Gesundheit
für die ganze Familie.





Wolfram Leuze
Fraktionsvorsitzender

Jurist i. R.
Jahrgang 1939
verheiratet
2 Kinder
1 Enkel

FA Kultur (Vorsitzender), Verwaltungsausschuss, Ältestenrat, FA Finanzen, BA Kulturstätten, AR LVV, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, Kinder- und Familienbeirat



Annette Körner
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Betriebliche Umweltbeauftragte, Geschäftsführerin Förderverein UiZ
Jahrgang 1962
3 Kinder

Jugendhilfeausschuss / + UA Finanzen, FA Wirtschaft und Arbeit, Vergabegremium VOB, Umlegungsausschuss, AR LWB, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, VV ZV Parthenaue, Migrantenbeirat



Katharina Krefft
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Ärztin
Jahrgang 1978
verheiratet
4 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, AR BBVL, AR St. Georg, AR Städt. Altenpflegeheime, Gleichstellungsbeirat



Norman Volger
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Geschäftsführer DAKS e. V.
Jahrgang 1978
verheiratet
2 Kinder

FA Umwelt/Ordnung, FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, Vergabegremium VOL, AR KWL, AR BBVL, Tierschutzbeirat



Heike König

Projektmanagerin
Jahrgang 1962
verheiratet
4 Kinder
4 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, BA Stadtreinigung und Bestattungswesen, AR Stadtwerke, AR Gewerbehof + Service GmbH, VV ZAW



Ansgar Maria König

Sänger
Jahrgang 1960
verheiratet
4 Kinder
4 Enkel

BA Kulturstätten, FA Wirtschaft und Arbeit, BA Jugend, Soziales, Gesundheit, Bewertungsausschuss AR LVB, AR LEVG + LEVG & Co. KG, Leipziger Stiftung InnoTec, Regionaler Planungsverband Westsachsen



Roland Quester

Leiter der Leipziger Umweltbibliothek
Jahrgang 1965
Lebensgemeinschaft
4 Kinder

FA Stadtentwicklung und Bau (Vorsitzender), AR Stadtwerke, VV ZV Neue Harth, Kinder- und Familienbeirat



Malte Reupert

Bio-Landwirt
Inhaber „Biomare“
Jahrgang 1970
Patchwork-Familie
4 Kinder

FA Finanzen, FA Umwelt und Ordnung, Rechnungsprüfungsausschuss, AR PUJUL, AR LVV



Bert Sander
(WVL)

Freiberuflicher Lektor
Dozent
Jahrgang 1960
verheiratet
2 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Kultur, FA Allgemeine Verwaltung, FA Stadtentwicklung und Bau, AR Zoo, VV ZV Kulkwitzer See



Ingo Sasama

Fraktionsgeschäftsführer
Jahrgang 1960
verheiratet
3 Kinder
1 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, FA Sport, FA Allgemeine Verwaltung, Petitionsausschuss, AR LWB, AR LECOS



Michael Schmidt

Arbeitnehmerberater
Jahrgang 1977
Lebensgemeinschaft
2 Kinder

Jugendhilfeausschuss, FA Sport, BA Jugend, Soziales, Gesundheit, AR Sportbäder, AR LVB



Katja Rahnefeld

Referentin
Jahrgang 1977
verheiratet
2 Kinder

AG Straßenumbenennungen, städtische Wahlkommission



Cordula Rosch

Referentin
Jahrgang 1968
verheiratet
3 Kinder

Stadtbezirksbeirat Südwest, Fachforum Wohnhilfen, AG Recht auf Wohnen



Alrun Tauché

Fraktionsmitarbeiterin
Jahrgang 1967
verheiratet

Stadtbezirksbeirat Mitte